



# Auf der Flucht

Eine Information der Flüchtlingshilfe Neu-Isenburg September 1989

## Tatort Ausländeramt

Alle in der BRD lebenden Flüchtlinge, deren Asylverfahren noch nicht abgeschlossen sind, werden zuerst einmal vom Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge auf die verschiedenen Bundesländer "verteilt", und von dort, einem Quotenschlüssel entsprechend, den Landkreisen und kreisfreien Städten zugewiesen. Letztere dürfen sie nur mit Sondergenehmigung verlassen.

Demzufolge sind die Flüchtlinge in vielen Bereichen völlig abhängig von den Kreis-Ausländerämtern. Viele Entscheidungen, z.B. die oben bereits genannte Genehmigung zum Verlassen des Kreisgebietes, liegen im Ermessen der Ausländerbehörden, d.h., je nach "good-will" der Behörde und der dort zuständigen BeamtInnen werden Anträge der Flüchtlinge restriktiv oder großzügig entschieden. Das für den Kreis Offenbach zuständige Ausländeramt in Offenbach gestaltet generell den ihm zustehenden Ermessensspielraum so eng wie möglich, das bedeutet, daß zu treffende Entscheidungen in der Regel für die Flüchtlinge negativ ausfallen. Dies gilt zwar auch für "normale AusländerInnen", aber für die Flüchtlinge sind die Auswirkungen gravierender, da es für sie von vorneherein schon mehr Einschränkungen gibt.

Alle AusländerInnen gemeinsam trifft die mitunter menschenverachtende Behandlung durch einige Bedienstete des Ausländeramtes. Mitunter bekommt man/frau den Eindruck, daß Systematik hinter der Art und Weise steckt, wie AusländerInnen in diesem Amt behandelt werden; sie werden bestellt und

wieder weggeschickt; sie werden aufgefordert, bestimmte Dokumente vorzulegen, bringen sie diesen dann, so fehlt wieder etwas; sie werden - zumindest von einigen BehördenmitarbeiterInnen - des öfteren auf die unfreundlichste Art behandelt, der Ton im Gespräch - so weit es überhaupt stattfindet - oder in schriftlichen Ausführungen ist oft ausländerfeindlich. Ob dies allein auf den derzeitigen Leiter des Ausländeramtes Haymo Hoch zurückzuführen ist, der bekanntermaßen (Presse) vor kurzem von der CDU zu den Republikanern übergetreten ist, darf bezweifelt werden.

Viele Asylsuchende haben inzwischen Angst zum Ausländeramt zu gehen, wenn sie z.B. irgendwelche Unterlagen benötigen, da es schon mehrfach vorgekommen ist, daß Leute dort direkt vom Tresen weg verhaftet wurden oder werden sollten, wobei manchmal nur durch die Anwesenheit von deutschen Begleitpersonen eine "sang- und klanglose" Verhaftung verhindert werden konnte.

Soviel zur Behandlung im Ausländeramt. Ein anderer, unter Umständen sogar noch problematischerer Aspekt sind jedoch die Auswirkungen der negativen Entscheidungen, bzw. die Verschleppung von Entscheidungen.

Die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis von AsylbewerberInnen z.B. dauert in der Regel mehrere Monate, in dieser Zeit sind die Betroffenen ohne Ausweispapiere und leben in ständiger Angst vor Polizeikontrollen, die ihnen große Schwierigkeiten bereiten.

Hat ein/e AsylbewerberIn das

Glück, vom Bundesamt oder später von einem Gericht als Asylberechtigte/r anerkannt worden zu sein, unterliegt er/sie zwar dem "normalen" Ausländerrecht, die Probleme mit dem Ausländeramt hören jedoch nicht auf. Fortsetzung Seite 2

### Wir über uns

Als im März/April 1986 die ersten Flüchtlinge nach Neu-Isenburg kommen sollten, waren die Reaktionen sehr unterschiedlich. Die wohl negativste (öffentliche) Äußerung stammte von unserem Herrn Bürgermeister, was für einige Neu-Isenburger BürgerInnen der Anlaß war, hier einen Contra-punkt zu setzen und eine Flüchtlingshilfegruppe zu gründen.

Wir sind eine "offene" Gruppe, d.h., jede/r kann bei uns mitmachen und ist sehr willkommen. Zur Zeit besteht die Flüchtlingshilfe aus einem festen Stamm von ca. 10 Personen, leider stoßen wir jedoch - zumindest aufgrund der personellen Kapazität - oft an die Grenzen unserer Möglichkeiten.

Ziel unserer Arbeit war und ist es zum einen, den Flüchtlingen bei der Bewältigung von alltäglichen Problemen und Schwierigkeiten zu helfen. Zum anderen versuchen wir, durch Informationen und Veranstaltungen verschiedenster Art die Neu-Isenburger Bevölkerung immer wieder auf all die Probleme sozialer und politischer Art aufmerksam zu machen.

Diese "Zeitung" soll dazu ebenso beitragen, wie die im Laufe des September geplanten Veranstaltungen (siehe S. 6), zu denen wir alle Neu-IsenburgerInnen herzlich einladen.

Fortsetzung von Seite 1

Sobald die positive Entscheidung ergeht, hat er/sie einen Anspruch darauf, daß ihm/ihr vom Ausländeramt endgültige Ausweispapiere ausgestellt werden. Jedoch dauert dies, wie schon vorher die o.g. Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis, unverhältnismäßig lange. Drastisch zeigt sich das Problem am Fall eines Mannes, der sich während der langen Dauer seines Asylverfahrens so gute Deutschkenntnisse aneignete, daß er kurz nach seiner Anerkennung eine Arbeitsstelle fand. Um diese antreten zu können, benötigte er eine Arbeitserlaubnis, Lohnsteuerkarte etc. All diese Dokumente kann er jedoch nur unter Vorlage von gültigen Ausweispapieren erhalten, die wiederum vom Ausländeramt nicht schnell genug ausgestellt werden, so daß der Mann seinen Job wahrscheinlich verliert, bevor er dort auch nur einen Tag gearbeitet hat.

Ein weiterer Problempunkt ist die Ausstellung von Erlaubnissen/Fremdenpässen für Auslandsreisen. Wollen AsylbewerberInnen aus- und wieder einreisen, so müssen gesonderte Erlaubnisse (i.d. Regel Fremdenpässe) beantragt werden. In den meisten Fällen werden die Anträge abgelehnt. Als Folge darf z.B. ein minderjähriger Schüler an einer

Klassenfahrt ins europäische Ausland nicht teilnehmen, obwohl keine anderen Hinderungsgründe bestehen. Das "allmächtige" Ausländeramt stellt einfach keinen Fremdenpaß aus. Solche - wenn auch geringfügig erscheinenden - Auseinandersetzungen haben schikanösen Charakter, die den AusländerInnen das Leben so schwer wie möglich machen. Diese Art der Behandlung hat System, sie ist bei nahezu allen Problempunkten zu beobachten. Gravierender ist der Fall eines Asylbewerbers, der in ein Drittland reisen wollte, da sich sein schwerkranker Vater dort im Krankenhaus befand. Obwohl der Mann ein Attest des behandelnden Arztes vorlegen konnte, verweigerte das Ausländeramt die Ausstellung des Fremdenpasses - der Vater ist inzwischen gestorben.

Deutlich wird das Verhalten der Behörde (man/frau könnte es geradezu als hinterhältig bezeichnen) in Fällen wie dem folgenden: Ein Familienvater lebt mit seinen minderjährigen Kindern seit Jahren in der BRD, arbeitet, hat eine gesicherte Existenz. Seine Frau und 2 volljährige Kinder kommen nach und beantragen eine Aufenthaltserlaubnis. Während der Vater auf Arbeit und die Kleinen in der Schule sind, erscheinen Beamte der Ausländerbehörde, um die Mutter und die älteren

Kinder in Abschiebehaft zu nehmen. Grund: die BRD ist kein Einwanderungsland, folglich sind die Belange der BRD tangiert und die Behörde handelt. Die drohende Abschiebung konnte bis jetzt verhindert werden, entschieden ist der Fall jedoch noch nicht.

Die Aufzählung solcher und ähnlicher Beispiele ließe sich beliebig lang fortsetzen. Als Fazit aller genannten und nichtgenannten Fälle steht fest, daß das Ausländeramt Offenbach seine Aufgabe offenbar darin sieht, den in seinem Geltungsbereich lebenden AusländerInnen das Leben so schwer wie möglich zu machen.

Um hier eine Änderung herbeizuführen, muß innerhalb der Behörde wahrscheinlich erst einmal das Personalkarussell in Gang gesetzt werden, es soll nämlich dem Vernehmen nach auch freundlich Menschen in diesem Amt geben, deren Verhalten jedoch aufgrund ihrer mangelnden Entscheidungsbefugnis keine positiven Auswirkungen hat, bzw. haben kann. Hier ist der neue Landrat gefordert, ihm obliegt es nun dafür zu sorgen, daß aus dem Ausländeramt Offenbach eine Behörde wird, zu der AusländerInnen wieder ohne Angst gehen können und in der sie nicht wie Menschen 2. Klasse behandelt werden.

## Wer Profit erntet, sät auch Flucht

In den vergangenen Jahren kam eine stattliche Anzahl von Flüchtlingen aus dem Iran nach Westdeutschland, im Jahre 1988 bildeten IranerInnen und iranische Kurden mit 7.867 Personen die viertstärkste Asylbewerbergruppe. Heute leben eine handvoll Menschen, die vor Khomeini und seinen mörderischen Revolutionsgarden sowie vor dem sinnlosen Dahinschlachten des iranisch-irakischen Krieges fliehen mußten, unter uns in Neu-Isenburg (siehe auch nebenstehenden Bericht).

Die Aufnahme von Flüchtlingen - auch der iranischen Asylsuchenden - entspricht unserer moralischen Verpflichtung. Gerade am Beispiel Iran muß man jedoch darüberhinaus erkennen, daß unser Land sich nicht bloß in einer selbstlosen Helferrolle befindet, sondern für Flucht und Vertreibung aus dem Iran ein gerüttelt Maß an eigener Verantwortung trägt. Die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Iran und Westdeutschland legen hierfür ein beredtes Zeugnis ab.

Seit Jahren stiehlt sich das Bonner Außenministerium aus der Affäre, wenn der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur iranischen

Diktatur gefordert wird. Hinweise auf unzählige Hinrichtungen demokratisch gesinnter Menschen prallen am

Pflichtübung. Sie dienen hauptsächlich der Verbreitung der Ideologie des "freien Westens" und bewirken nichts. Wirklicher Druck auf den Iran, endlich mit den Massentötungen und der Unterdrückung aufzuhören, wird nicht ausgeübt, aber das will Bonn wohl auch gar nicht.

Die Gründe hierfür liegen auf der Hand. Bonn will es sich mit dem Mullah-Regime politisch nicht verderben, beim Kampf der USA und der UdSSR um Einflusssphären mitmischen und da kann man doch wirklich nicht auf ein paar tausend gehenkte IranerInnen Rücksicht nehmen. Und über alledem steht: mit dem Iran ließen sich schon immer prächtige Geschäfte machen. Das war schon zu Schahs Zeiten so und auch im Jahre 1988 war die Bundesrepublik mit einem Exportumsatz von 1,6 Mrd. Dollar noch immer der Haupthandelspartner Irans, warum sollte sich dies nach Khomeinis Tod und dem vorläufigen Kriegsende nicht fortsetzen lassen?

Traumziel der Konzernzentrale dürfte sein, an die Zeiten der Kriegsprofite anknüpfen zu können.

Fortsetzung Seite 3

### Eine gute Ausbeute



Außenministerium ab und die "Proteste" gegen den mullah'schen Mordaufruf gegen den Schriftsteller Salman Rushdie waren eine (eher lästige)

Experten schätzen, daß Iran und Irak ca. 50 Mrd. Dollar in den Krieg gepulvert haben, einen Krieg, der bislang eine Million tote, verwundete und verkrüppelte Menschen und abertausende Flüchtlinge hervorgebracht hat. Dieser Krieg wurde mit modernstem westlichen Gerät geführt, an vorderster Front bei der Belieferung der Kontrahenten standen die europäischen NATO-Staaten, unter anderem auch die Bundesrepublik. Angesichts verlockender Profite mit bis zu zehnfachem Aufschlag auf den handelsüblichen Preis mochte keine unserer "renommierten" Firmen zurückstehen, wie uns das sachkundige Buch von Jürgen Roth: Die illegalen deutschen Waffengeschäfte, 1988, lehrt. Dynamit Nobel, Fritz-Werner-Industrietechnik, die WASAG-Chemie mit Verbindungen zu Krupp und MBB sind direkt in die Waffentransfers verstrickt. Andere noble deutschen Firmen wie Daimler Benz, Porsche, AEG und Dornier sind an Waffen-Kooperationen beteiligt, die ebenfalls ihren Weg zu den Schlachtfeldern gefunden haben, sei es direkt von Rhein-Main nach Teheran (Tow-Raketen 1986 und 1987), sei es auf diplomatischen Umwegen wie jüngst eine Senfgaslieferung mit westdeutscher "Handelshilfe" über Indien und Dubai.

Die Opfer der westlichen Waffen, die vor den Grausamkeiten des Krieges und den Mullahs flüchteten, treffen nun pikanterweise auf westdeutschem Boden auf die Produzenten ihres Elends, die Kriegsgewinnler aus den Konzernzentralen. Wirklich "treffen" indes tut man sich nicht; denn die einen leben in Flüchtlingslagern und die anderen residieren im 13. oder 15. Stock der Konzernhauptverwaltungen.



Vor dem Hintergrund dieser Verflechtungen erwächst den Flüchtlingshilfen eine eminent politische Aufgabe. Flüchtlingshilfe muß die von uns hausgemachten Fluchtursachen aufzeigen, die dafür Verantwortlichen beim Namen nennen und auf Abhilfe drängen.

## Ich wäre lieber zuhause geblieben

### Ein Iraner berichtet

Wir - zwei Deutsche aus Neu-Isenburg - führten ein langes Gespräch mit einem jungen Iraner. Als wir einige Tage später unsere Aufzeichnungen in einen schriftlichen Bericht umgesetzt hatten, überfiel uns die Sorge: "Wenn wir diesen Bericht so veröffentlichen, dann kann der Mann nie wieder in seine Heimat zurückkehren, auch wenn sich die politischen Verhältnisse etwas bessern". Die Bespitzelung hört ja nicht an den Grenzen Irans auf. Es blieb uns nichts anderes übrig, als den Bericht zu verändern, persönliche Daten zu verallgemeinern.

Sein Geburtshaus kann S. heute nicht mehr aufsuchen. Die Stadt, im Süden Irans gelegen, wurde im iranisch-irakischen Krieg fast völlig zerstört. Aber damals dachte man noch nicht an Krieg. Der Vater übte eine ärztliche Tätigkeit in einer großen Ölgesellschaft aus. Das brachte auch die Versetzung in eine andere Stadt mit sich. Die Kinder konnten die höhere Schule besuchen und schlossen sich bereits als Schüler studentischen Bewegungen an, die gegen das Schah-Regime demonstrierten. Im Jahr 1979 kam es schließlich zu jenem Aufstand in der Bevölkerung, der den Sturz des Schah herbeiführte. Die Studenten waren mehr marxistisch orientiert, weite Teile der Bevölkerung dagegen hofften auf Khomeini. Von seinem Pariser Exil aus hatte er freie Meinungsäußerung und Entfaltung politischer Aktivitäten versprochen.

Aber kaum war Khomeini an die Macht gekommen, da entpuppte er sich als "Betrüger und Scharlatan". Die Mullahs übernahmen die Herrschaft und errichteten ein reaktionäres Regime. 1981 wurden die Universitäten ganz geschlossen, weil man die Opposition der Intellektuellen fürchtete. Erst nach drei Jahren wurden sie als "islamische" Universitäten wieder eröffnet. In der Zwischenzeit liefen Säuberungsaktionen, denen auch viele Professoren, Studenten und sogar Ärzte zum Opfer fielen. Etliche wurden erschossen oder sogar zur Abschreckung an Straßen und Plätzen aufgehängt.

Träger dieser Aktionen waren die "Hesbollahs", die "islamischen Wächter" der "Gottespartei". Mit offizieller Duldung der Mullahs traten sie als Schlägertrupp mit polizeiähnlicher Gewalt auf, lösten Demonstrationen auf und verfolgten und bespitzelten politische Oppositionelle. Deren Häuser wurden mit diffamierenden Aufschriften besprüht. Der Vater von S. hat es an seinem eigenen Haus erlebt, nur weil seine Söhne sich politisch betätigten. Es kam so schlimm, daß er schließlich das Haus verkaufte und in eine andere Stadt zog.

Überall gewannen die Hesbollahs an Einfluß. Sie sorgten dafür, daß in den Schulen bestimmte Themen gestellt und die Aufsätze von den Lehrern zurückgegeben wurden. So gewann man Einblick in die religiöse und politische Einstellung der Eltern. Oft waren die Lehrer nicht angemessen ausgebildet. Sie hatten ja auch nur Themen und Aufsätze weiterzugeben! Versuche, diese Indoktrination zu umgehen, wurden hart bestraft.

Jeglicher Protest konnte bestraft werden. S. fand Beschäftigung bei einer Schulbehörde. Es kam heraus, daß eine junge Frau bei gleicher Beschäftigung das sechsfache Gehalt bekam. Man protestierte und wurde entlassen. Es stellte sich heraus, daß die junge Frau die Tochter des späteren Ministerpräsidenten Rafsanjani war.

Weil S. die Unterdrückung nicht mehr aushielt, wollte er auswandern. Aber einen Reisepaß erhielt nur der, der zwei Jahre entweder bei den "islamischen Wächtern" oder beim Militär "gedient" hatte. Drei Jahre lang hatte sich S. geschickt dem Militär entzogen. Aber um den Reisepaß zu erhalten, meldete er sich. Kurz darauf brach der iranisch-irakische Krieg aus.

S. nahm an einer Demonstration teil, wurde von Soldaten, die mit den Hesbollahs sympathisierten, gemeldet und deswegen in eine Sondereinheit abkommandiert. Heimlich las man marxistische Literatur. Einer wurde entdeckt. Sechs Monate Gefängnis und nach der Entlassung aus dem Militär noch einmal 5 Jahre Gefängnis. Die Mullah-Entscheidung eines Revolutions"gerichtes" reichte aus. Tausende von jungen Menschen wurden von ähnlichen Entscheidungen getroffen. Oft waren sie mit Folterungen oder gar Hinrichtungen verbunden. Aus Angst vor diesen Folgen wagten die Menschen kaum noch etwas zu sagen oder gar auf Papier niederzuschreiben. Überall mußte man mit Spitzeln rechnen. Hinzu kam der Krieg, der hunderttausenden von jungen Menschen das Leben kostete. S. wollte diesem Teufelskreis entrinnen. Heute lebt er als Asylbewerber in unserem Land.

# „Asylant = Scheinasylant“

## Zahlenmogeleyen ohne Ende

"Zahl der Asylbewerber steigt dramatisch an", " Deutschland wird von Wirtschaftsasylanten überschwemmt". So oder ähnlich beschwören häufig die Schlagzeilen der bundesrepublikanischen Medienlandschaft seit dem unerwarteten Wahlerfolg der Republikaner und der NPD in Berlin, Hessen und bei der Europawahl eine scheinbar ungebremste Asylantenflut.

Sowohl bei der Kommunalwahl in Hessen als auch bei der Europawahl wurde die Ausländer- und Asylproblematik durch die CDU/CSU zum heißen Wahlkampfthema. Profitiert haben davon - wie nicht anders zu erwarten - NPD und Republikaner.

Argumentative Schützenhilfe für eine bisher beispiellose "Asylanten"hetze lieferte u.a. das Haus des damaligen, inzwischen ausgewechselten Innenministers Zimmermann. Dieser hatte Anfang Januar 1989 die Asylbewerberstatistik für das Jahr 1988 vorgelegt. Dort ist nachzulesen, daß die Zahl der AsylbewerberInnen von 57.379 im Jahr 87 um 80% auf 103.076 im Jahr 88 gestiegen ist. Gleichzeitig sei - so das Zahlenwerk - die Anerkennungsquote nochmals gegenüber 1987 auf inzwischen magere 8,6% gesunken (d.h. ca. 90% nichtanerkannte AsylbewerberInnen).

Für den damaligen Innenminister war damit deutlich dokumentiert, daß das Grundrecht auf Asyl "massenweise" verletzt werde und als "Einfallstor für eine uferlose Einwanderung" von Wirtschaftsflüchtlings fungiere.

Hartnäckig haben sich seitdem diese Zahlen in der öffentlichen Diskussion eingenistet. Sie dienen als mathematische Unterfütterung für die These vom ungebrochenen Zustrom der Wirtschaftsflüchtlings, der nur durch eine schärfere Asylpolitik bzw. durch eine massive Abänderung des Grundrechts auf Asyl zum Versiegen gebracht werden könne.

Statistik erhebt oft den Anspruch auf objektive Wahrheit. Doch ohne zusätzliche Hintergrundinformationen können nackte Zahlen häufig ein falsches, weil unvollständiges Bild vermitteln. Deshalb sollen nachfolgend die wichtigsten Aussagen der Asylbewerberstatistik genauer unter die Lupe genommen werden.

\*\*\*\*\*

Im Jahre 1988 wurden 62.270 Asylanträge für 103.076 Personen gestellt.

Herkunftsländer waren:	Anerkennung:
1. Polen - 18.305 Fälle mit 29.023 Personen = 28,4%	3,6%
2. Jugoslawien - 7.368 Fälle mit 20.812 Personen = 20,2%	0,3%
3. Türkei - 10.197 Fälle mit 14.873 Personen = 14,4%	7,9%
4. Iran - 4.852 Fälle mit 7.867 Personen = 7,6%	39,0%
5. Libanon - 2.088 Fälle mit 4.233 Personen = 4,1%	1,0%
6. Sri Lanka - 2.939 Fälle mit 3.383 Personen = 3,3%	1,1%
7. Rumänien - 1.694 Fälle mit 2.634 Personen = 2,6%	3,5%
8. Pakistan - 1.721 Fälle mit 2.390 Personen = 2,3%	14,1%

(usw. insgesamt ca. 100 Fluchtländer)

Die unterschiedlichen Zahlen von Fällen und Personen rühren daher, daß Familienmitglieder mitgezählt werden.

\*\*\*\*\*

Diese Zahlen sprechen fast für sich. Leicht wird erkennbar, daß 1988 nahezu 70% der AsylbewerberInnen aus europäischen Ländern, vorzugsweise aus Polen (28,4%), Jugoslawien (20,2%) und der Türkei (14,4%) stammten.

Nur ca. 30% der Flüchtlinge waren dagegen 1988 aus außereuropäischen Ländern in die BRD geflohen. Darunter kam die größte Gruppe aus dem Iran, gefolgt vom Libanon, Sri Lanka und Pakistan.

Was verbirgt sich aber hinter der hohen Ablehnungsquote von ca. 90%? Repräsentiert sie den Berg von angeblichen Wirtschaftsflüchtlings, die böswillig das Asylrecht mißbrauchen, um sich auf Kosten des deutschen Steuerzahlers durchfüttern zu lassen?



Hierzu wäre einiges richtigzustellen:

Die hohe Ablehnungsquote schwankt stark in Abhängigkeit von den jeweiligen Herkunftsländern. Während die Anerkennungsquote bei iranischen Flüchtlingen 1988 bei 39,0% und bei pakistanischen AsylbewerberInnen bei 14,1% lag, wurden nur 3,6% der polnischen und 0,3% der jugoslawischen Flüchtlinge die Asylberechtigung zuerkannt.

Gleichzeitig wäre es jetzt aber unzulässig, die abgelehnten AsylbewerberInnen automatisch in die Schublade "Wirtschaftsflüchtlings" einzuordnen. Vielmehr sind durch die Novellierung des Asylverfahrensgesetzes und höchstrichterliche Rechtsprechung eine Unzahl von Asylausschlußgründen geschaffen worden.

Die Kriterien für eine persönlich erlittene politische Verfolgung wurden mit den Jahren immer enger gefaßt:

- So ...
- erhalten Flüchtlinge aus Ländern, in denen ein Bürgerkrieg tobt (Afghanistan, Sri Lanka, Libanon u.a.) kein Asyl. Begründung: Ein Bürgerkrieg stelle keine individuelle Bedrohung dar.
- werden Flüchtlinge, die auf ihrer Flucht ein Drittland passieren (Eritreer z.B. fliehen häufig auf einem Umweg über den Sudan), in der Regel abgelehnt. Begründung: Das Drittland habe Schutz vor Verfolgung geboten.

Fortsetzung von Seite 4

- wurde ein Flüchtling, der vor der Folter in türkischen Gefängnissen floh, nicht anerkannt. Begründung: Die Anwendung von Folter in der Türkei diene zur Sicherung des dortigen Herrschaftsystems und begründe demzufolge keine politische Verfolgung.

Auf solche und ähnliche unmenschliche und skandalöse Urteilsfindungen wird in zunehmend stärkerem Maße zurückgegriffen, um eine Vielzahl von Asylbegehren abzuschmettern.

Doch aus der Nichtanerkennung resultiert nicht automatisch - wie man/frau vermuten könnte - die Abschiebung. Denn im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention, der sich auch die BRD verpflichtet hat, darf kein Flüchtling in sein Herkunftsland abgeschoben werden, wenn dort z.B. Bürgerkrieg herrscht. Sie dürfen also, was häufig verschwiegen wird, im Lande bleiben, erhalten aber in der Regel nur einen unbefriedigenden Duldungsstatus. Unter dem Strich darf sich also auch weiterhin ein Großteil der abgelehnten AsylbewerberInnen aus humanitären Gründen in der BRD aufhalten.

Letztlich belegt diese Praxis, daß die These vom berechnenden Wirtschaftsflüchtling aus der Dritten Welt, der das Gros der AsylbewerberInnen stellen soll, der Realität nicht standhält. Sicherlich befinden sich unter der Gesamtheit der Flüchtlinge auch Fälle, die überwiegend aus ökonomischer Not ihre Heimat verlassen haben; doch ihre Zahl ist weit niedriger anzusetzen, es die hohe Ablehnungsquote von ca. 90% suggerieren will - der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen schätzt die Zahl der Wirtschaftsflüchtlinge auf nur 10%.

Wer trotzdem unkommentiert mit solchen Zahlen und Halbwahrheiten operiert und wer mit einseitiger Schwarzmalerei in der Öffentlichkeit Emotionen gegen AsylbewerberInnen schürt, dem kann der Vorwurf gezielter Fehlinformation und undurchsichtiger Zahlenspielerei nicht erspart werden.

AsylbewerberInnen dürfen nicht zu Sündenböcken für eine desolante Sozialpolitik, für fehlende Wohnungen und mangelnde Arbeitsplätze abgestempelt werden. Das Recht auf Asyl, das die Väter und Mütter unserer Verfassung bewußt - vor dem Hintergrund der Erfahrungen des Dritten Reiches - in den Grundrechtskatalog aufgenommen haben, darf nicht zur Disposition gestellt werden.



## Flüchtlingsheim Friedhofstraße 7

1986 wurde in der Friedhofstraße in Neu-Isenburg ein Haus mit 74 Betten für AsylbewerberInnen und ihre Familien geschaffen. Obwohl das Haus als Durchgangslager für den Kreis Offenbach geplant war, sind viele der Flüchtlinge - besonders Alleinstehende - auf Dauer hier untergebracht. 2/3 der im Haus lebenden ehemaligen AsylbewerberInnen sind inzwischen als Asylberechtigte anerkannt und dürften die Zwangsunterkunft eigentlich verlassen, was aber an der miserablen Situation auf dem Wohnungsmarkt scheitert.

Zur Zeit leben 65 Menschen im Haus, darunter 24 Kinder unter 14 Jahren. Sie kommen aus folgenden Ländern: 11 aus Bangladesch, 13 aus dem Iran, 14 aus Eritrea, 12 aus Afghanistan, 5 Kurden (Türkei), 2 aus Ungarn. Diese Menschen unterschiedlichster Nationalität, Religion und Kultur leben zusammen auf engstem Raum in 4-Bett-Zimmern (24 qm), 3-Bett-Zimmern (20 qm) und 2-Bett-Zimmern (18 qm). Keines der Zimmer hat ein Waschbecken, einen Wasseranschluß oder gar ein WC. Die Ausstattung der Zimmer besteht aus Betten, Schränken, Tisch, Stühlen und Külschrank. Familien, d.h. Kinder und Erwachsene sind meist in einem Raum untergebracht.

Der einzige "Gemeinschaftsraum" ist verschlossen und wird nur zur Hausaufgabenhilfe, zur Kinderbetreuung während der Deutschkurse und zu Treffen der BewohnerInnen und der Flüchtlingshilfe geöffnet. Küchen sind im 1. und 2. Stock und im Keller (für die BewohnerInnen des Erdgeschosses). In den Küchen sind mehrere Herde und Spühlen, aber keine Tische und Stühle. Die Küche im Keller hat nur ein winziges Fenster. Alle kochen selbst, gegessen wird auf den Zimmern.

Für die zur Zeit 65 BewohnerInnen gibt es in der Waschküche im Keller (einem Raum ohne Fenster) 3 Waschmaschinen und 2 Trockner. Die sanitären Anlagen sehen so aus: 8 Duschen (4 für Frauen, 4 für Männer) alle im Keller und ein Badezimmer mit Badewanne, Waschbecken und WC, aber ohne Fenster im 2. Stock. 13 Toiletten (davon eine im Badezimmer) im 1. und 2. Stock; alle ohne Fenster und ohne funktionierende Lüftung. Im Haus gibt es ein öffentliches Telefon, dort kann man anrufen, aber nicht angerufen werden.

Das Flachdach ist trotz Reparaturversuchs undicht, d.h. im 2. Stock sind nach wie vor Zimmer naß - unter anderem ein Raum, in dem 6 Kinder schlafen. Alle Zimmer haben Einfachstfenster trotz des erheblichen Verkehrslärms der vierspurigen Friedhofstraße und der Nähe zur Frankfurter Straße.

Für die vielen Kinder gibt es keinen Spielplatz, kein Spielzimmer und keine Außenfläche, auf der sie sich aufhalten können. Wegen der vielbefahrenen Friedhofstraße und dem nahegelegenen Unfallschwerpunkt Frankfurter Straße können die jüngeren Kinder das Haus nicht ohne Begleitung verlassen. Ein Bewohner des Hauses wurde an der Kreuzung Frankfurter Str./Friedhofstraße bei einem Verkehrsunfall getötet.

Die Leserinnen und Leser sollten sich selbst einmal fragen, wie lange sie es in einer solchen Unterkunft aushalten könnten: mehrere Stunden, Tage, Wochen, Monate oder Jahre?

Fast alle Menschen leben hier länger als ein Jahr, viele schon 2 oder 3 Jahre mit keiner oder nur geringer Hoffnung auf eine Wohnung oder ein Zimmer, und dies in einem fremden Land, dessen Sprache und Sitten sie nicht verstehen und wo sie zumeist nur Ablehnung oder sogar Haß erfahren.

## (K)ein Platz für Flüchtlinge



Wie aus dem vorangegangenen Artikel nur unschwer zu erkennen ist, ist die Wohnsituation der AsylbewerberInnen in Neu-Isenburg katastrophal. Das Wohnheim in der Friedhofstr. 7 war nur für einen kurzen Aufenthalt, bis man eine geeigneten Unterkunft gefunden hätte, bestimmt. Dieser "kurze Aufenthalt" beträgt bei manchen Familien nun schon fast 3 Jahre. Auf die Frage beim Wohnungsamt, wann denn mit einer Wohnung zu rechnen sei, bekommen AsylbewerberInnen die Antwort: "Wenn Sie Glück haben, sind Sie in 5 Jahren dran, wenn Sie Pech haben in 10 Jahren."

Daß dies eine Situation ist, mit der wir uns nicht zufrieden geben können, ist klar! Was ist zu tun? Wild entschlossen machten sich einige FlüchtlingshelferInnen auf die Suche nach bezahlbaren Wohnungen, leider fast ohne Erfolg. Wer will schon "Ausländer", am Ende noch mit dunkler Hautfarbe und mit Kindern?!

Da dieses Problem überall in Hessen gleichermaßen besteht, haben sich FlüchtlingshelferInnen in Mörfelden-Walldorf etwas ausgedacht. Im Januar 1987 beschlossen die Kirchenvorstände der beiden evangelischen Kirchengemeinden Mörfelden und Walldorf die Gründung einer GmbH, die es ermöglicht, geeignete Häuser für eine menschenwürdige Unterbringung, Versorgung und Betreuung von AsylbewerberInnen anzukaufen. Als Stammkapital brachten die beiden Kirchengemeinden zusammen 50.000,- DM auf.

Die dortige Flüchtlingshilfe hat mit der Stadt Mörfelden-Walldorf einen Vertrag abgeschlossen, der die Arbeit finanziell absichert. Es wurde der Flüchtlingshilfe eine Mindestbelegung und der in Hessen übliche Tagessatz von 20,- DM pro Person zugesichert. Nachdem auch noch 2 geeignete Häuser gefunden waren, konnten die Flüchtlinge aufgenommen werden.

Die erwarteten Widerstände in der Bevölkerung gegen "die Fremden" waren sehr gering; viele boten ihre Hilfe an, so stammen z.B. die Möbel beider Häuser ausschließlich aus Spenden.

Für die tägliche Arbeit wurde eine Sozialarbeiterin eingestellt, die den notwendigen "Papierkrieg" erledigt und Hilfestellung bei den verschiedensten Problemen gibt.

Ziel dieses Projektes war und ist es, den Flüchtlingen ein menschenwürdiges Wohnen und durch die Förderung von Kontaktmöglichkeiten mit der einheimischen Bevölkerung ein Leben in Gemeinschaft zu ermöglichen.

Wir Neu-Isenburger FlüchtlingshelferInnen werden nun versuchen, auch hier ein solches Projekt zu starten.

Bis dahin aber unsere Bitte an alle Neu-IsenburgerInnen:

- wenn Sie eine Wohnung zu vermieten haben,
  - wenn Sie ein Haus günstig verkaufen wollen,
  - wenn Sie von einer leerstehenden Wohnung wissen,
- rufen Sie uns an!

### VERANSTALTUNGEN

- Sonntag, 17.9.89, ~~9-10~~ 11 Uhr -  
ökumenischer Gottesdienst mit  
Eritreern in der ev.-ref.  
Buchenbuschgemeinde, Pappelweg

- Mittwoch, 20.9.89, 18.30 Uhr -  
Ausstellungseröffnung:  
Kinderphotos von Thomas Hüller  
im Foyer des Plenarsaals, Rathaus

- Donnerstag, 21.9.89, 20 Uhr -  
"Die BRD auf dem Weg zur multi-  
kulturellen Gesellschaft?"  
Diskussionsveranstaltung der im  
Rathaus vertretenen Parteien in  
der Hugenottenhalle

- Samstag, 23.9.89, 15-18 Uhr  
Vorführungen und Spiele für  
deutsche und ausländische Kinder  
in der Bansamühle

- Mittwoch, 27.9.89, 20 Uhr -  
"Vorsicht, frisch integriert!"  
Türkisches Kabarett Knobi-Bonbon,  
Hugenottenhalle

BEACHTEN SIE BITTE AUCH DIE  
HINWEISE IN DER PRESSE!



"Sie scheinheiliger Patron -  
wollen Sie mir weismachen,  
Ihr Leben sei in Palästina  
gefährdet?"

### IMPRESSUM

Herausgeber und Redaktion:  
Flüchtlingshilfe Neu-Isenburg  
c/o M. Runte, Stoltzestr. 53,  
6078 Neu-Isenburg, Tel. 6170

Spenden für die Flüchtlingshilfe  
können auf das Kto. 123024583,  
bei der Bezirkssparkasse Langen,  
Neu-Isenburg, Blz. 505 516 2'  
überwiesen werden.